



Verändert Corona unsere Gesellschaft?

Eine persönliche Betrachtung von Beatrix Weidlich.

Neben der ernsthaften Warnung, wie verletzlich unsere Gesellschaft ist, gibt es auch in einer Krise Positives zu entdecken, und darum möchte ich mich in diesem Artikel bemühen.

Zunächst einmal war die Hilfsbereitschaft überwältigend. Viele haben sich erstmals ehrenamtlich engagiert und wir sind auf Nachbar*innen zugegangen, die wir zuvor nur aus der Entfernung gekannt haben. Wir haben gelernt, einander mit Achtsamkeit und Respekt zu begegnen, ganz ohne Händeschütteln.

Unser Dienstherr hat uns die Arbeit im Homeoffice ermöglicht, was überraschend gut funktioniert hat. Und selbst wenn nicht alle Kolleg*innen von dieser Art der Arbeit begeistert sein mögen,

erforderte diese Maßnahme von Seiten unserer Führungsebene. Viele Beschäftigte würden auch weiterhin gerne im Homeoffice arbeiten, zumindest teilweise.

Auch über diese persönliche Sichtweise hinaus sollten wir (selbst wenn sich jetzt Tausende bemüßigt fühlen, für ihre vermeintlichen Rechte gegen jegliche Sicherheitsmaßnahmen zu demonstrieren) stolz darauf sein, dass mehr als 80 Millionen Menschen gemeinsam den Lockdown gemeistert haben. Es bleibt daher die Hoffnung, dass der Gemeinschaftssinn, den wir durch Corona entwickelt haben, auch künftig für eine höhere Wertschätzung all der systemrelevanten Berufe, nicht nur im medizinischen Bereich, sondern beispielsweise auch im Einzelhandel, in der Logistik, in den Gesundheits- und Arbeitsämtern, den Gemeindeverwaltungen und ja, auch in der Finanzverwaltung (die in der öffentlichen Wahrnehmung leider wieder einmal weitestgehend unbeachtet geblieben ist), sorgt.

Aber ich bin tatsächlich zuversichtlich, dass viele Menschen in der Krise gelernt haben, einen kritischen Blick auf die radikale Individualisierung der letzten Jahre einzunehmen. Und selbst wenn sich jetzt wieder zunehmend der Egoismus Einzelner zeigt, hat unsere Gesellschaft demonstriert, dass wir im Krisenfall füreinander einstehen.

Um also die Eingangsfrage zu beantworten: Ja, Corona hat meiner Meinung nach unsere Gesellschaft verändert, denn die positiven Kompetenzen, die wir in der Krise erworben haben, werden uns zu einem guten Teil erhalten bleiben.

In diesem Sinn: Bleiben Sie/ bleibt's positiv und vor allem gesund.



Beatrix Weidlich, Abt. I

Inhaltsverzeichnis

Verändert Corona unsere Gesellschaft?	1
So geht's leichter	2
Kuren für Mütter, Väter, Kinder	3
Aggressive Steuergestaltung	3
Nichts ist leichter, als Vermögen abzugeben?	4
Reichsfinanzverwaltung	4
Remonstrationsrecht	5
Zeitzeugen-Archiv	6
and the winner is...	6
„Du immer mit Deiner Politik!“	7
Im Krisenmodus	8
ver.di lohnt sich!	9
App zur Tarifrunde	9
Nach allen Regeln der Macht	10
Die Warner	10
Der schnellste Weg	11
Preisrätsel	12



So geht's leichter

Wer im Arbeitsalltag zwischen Stehen und Sitzen ca. alle halbe Stunde wechselt, kann Muskel- und Skeletterkrankungen vorbeugen. Das weiß auch unser Dienstherr und nutzt seit 2018 zugewiesene Ausgabereise dafür, sogenannte Steh-Sitz-Tische zu beschaffen. Das Haushaltsreferat verteilt dann die Neuanschaffungen entsprechend der Anzahl der Beschäftigten in den Dienststellen.

Um die Vergabe zu erleichtern, folgt das Bayerische Landesamt für Steuern den Erkenntnissen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin und verzichtet (außer bei Tele- und Satellitenarbeit) darauf, den Betriebsärztlichen Dienst einzuschalten. Notwendig bleibt noch die Vorlage eines Attests einer Orthopädin oder eines Orthopäden, das nicht älter als sechs Monate ist.

An Fallzahlen oder Prüfungspunkten kann jede/r Einzelne nur bedingt drehen, aber zumindest sollte der Arbeitsplatz aktuellen ergonomischen Anforderungen genügen. Wo das nicht so ist, kann im Bedarfsfall ein höhenverstellbarer Schreibtisch schon eine große Erleichterung

sein. Auch wenn ein Attest erforderlich ist...: Das sollte Dir die eigene Gesundheit wert sein!

Die Beschaffung höhenverstellbarer Schreibtische treibt auch die Geschäftsstellen um. Sie würden - ganz im Sinne der Personalvertretung - die flächendeckende Ausstattung zur Gesundheitsvorsorge begrüßen. Wir sind gelinde gesagt irritiert, dass diese aus Haushaltsgründen gestoppt wurde.

Dazu passt, dass der erste Bauabschnitt des Finanzamts Münchens ebenfalls nicht mit Steh-Sitz-Tischen ausgestattet werden konnte. Ganz im Gegensatz zu anderen Verwaltungen. Genau aus diesem Grund lehnt das Inklusionsamt eine Förderung ab, weil die Ausstattung mit Steh-Sitz-Tischen inzwischen überall Standard ist.

Da hilft nur eins: nicht lockerlassen und Bedarf anmelden!



Platzmangel



höhenverstellbare Hilfsmittel



Beistelltisch

Kuren

für Mütter, Väter, Kinder oder erwachsene Kinder mit pflegebedürftigen Eltern

Am 31. Januar 1950 hat die evangelische Sozialwissenschaftlerin Antonie Nopitsch zusammen mit Elly Heuss-Knapp, deren Mann der damalige Bundespräsident Theodor Heuss war, das Deutsche Müttergenesungswerk gegründet.

Auch 70 Jahre später sind die Themen aktuell, weshalb Frauen - und mittlerweile zunehmend Männer - spezielle Kuren in Anspruch nehmen. Die Doppel- und Dreifachbelastungen in Beruf,

Familie und Pflege führen dauerhaft zu Schlafstörungen, Gereiztheit, körperlichen Schmerzen und Angstzuständen bis zur Depression.

Betroffene können sich an über 1100 Beratungsstellen wenden. Seither haben mehr als vier Millionen Mütter Kuren in über 70 Kliniken erhalten, die das Müttergenesungswerk anerkannt hat. Und seit 2002 sind Krankenkassen verpflichtet, diese Kuren komplett zu bezahlen. Das Beihilferecht erkennt bei verbeamteten Kolleginnen und Kollegen ebenfalls Müttergenesungskuren, Mutter- oder Vater-Kind-Kuren an.

Das Müttergenesungswerk kämpft auch für eine bessere Unterstützung von pflegenden Angehörigen durch Kuren und eine finanzielle Übernahme der Nachsorge.

Inzwischen kommen jährlich 70.000 Kinder mit zur Kur, z.B. aufgrund der schwierigen Betreuungssituation von Alleinerziehenden. Allerdings erholen sich „Mama oder Papa“ ohne Kind/er besser, betonen die Beteiligten.

Museum für angewandte Kunst, Wien 2019



Aggressive Steuergestaltung

(aus ver.di Publik 2 2020)

Bei Steuertricks von global tätigen Unternehmen fallen gerne Namen wie Amazon und Google. Aber auch deutsche Unternehmen gehören beim Steuertricksen zur Weltspitze. Ein Beispiel dafür ist der Gesundheitskonzern Fresenius.

In den vergangenen zehn Jahren konnte er durch aggressive Steuergestaltung bis zu 2,9 Milliarden Euro an Steuern weltweit vermeiden. Acht Milliarden Euro noch nicht abschließend versteuerte Gewinne des Konzerns liegen auf Offshore-Konten, so eine Studie des Centre for International Corporate Tax Accountability & Research (CICTAR) in Zusammenarbeit mit den Dienstleistungsgewerkschaftsverbänden EPSU und PSI sowie dem Netzwerk Steuergerechtigkeit.

Das Unternehmen Fresenius nutzt ein Netz an Steuerparadiesen, um Gewinne zu verschieben und höhere Unternehmenssteuern in Deutschland und anderen Ländern zu umgehen. Ein Mittel dafür sind konzerninterne Kredite. Hohe Gewinne werden dort ausgewiesen, wo die Unternehmenssteuern niedrig seien.

„Ein Unternehmen, das sich dem Wohlergehen der Menschen verschrieben hat und seine Umsätze weitgehend im öffentlichen Gesundheitssystem erwirtschaftet, sollte verantwortungsbewusst und transparent seine Steuern zahlen“, fordert Christoph Trautvetter, Steuerexperte beim Netzwerk Steuergerechtigkeit.



Schildbürgerstreich



Nichts ist leichter, als Vermögen abzugeben?

Angelica Dullinger

Für die Bewältigung der finanziellen Not der krisengeschüttelten Firmen und Beschäftigten werden zurecht und umfassend staatliche Leistungen zur Unterstützung gewährt, z.B. Kurzarbeitergeld.

Und es müssen noch in einem viel größeren Umfang die Entgelte wie die Ausstattung in Gesundheits- und Pflegeberufen aufgestockt werden. Erkrankte müssen angemessen versorgt und gleichzeitig muss die Würde der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewahrt werden.

Es ist auch „höchste Eisenbahn“, stillgelegte Schienennetze zu reaktivieren, um den Transport lebenswichtiger Güter nicht allein der Straße zu überlassen - wie einem Gutachten der Bundesregierung zur Krisenbewältigung von 2012 zu entnehmen ist. Auch das kostet...

Wenn dann Saskia Esken vom SPD-Spitzen-duo vorschlägt, an den Ausgaben in Milliardenhöhe auch Vermögende mit einer einmaligen Sonderabgabe zu beteiligen, verstehe ich die Aufregung nicht:

Das gesamte Steueraufkommen wird zu Dreiviertel über die Lohn-, Umsatz- und Kfz-Steuer generiert. Den Staat finanziert inzwischen ein Großteil der Bevölkerung, die kein Vermögen haben.

Ist es da nicht mehr als geboten, dass eine führende Sozialdemokratin in die Waagschale wirft, dass sich alle Reichen - nicht nur Einzelne, die das sowieso schon tun - daran beteiligen, die Krise finanziell zu schultern?



Angelica Dullinger, Abt. III und Stefan Adamski, Zollverwaltung Bund

Finanzverwaltung und Nationalsozialismus

Harald Präcklein

Beim dreitägigen verbi-Seminar zum Thema „Finanzverwaltung und Nationalsozialismus“ Ende Juli 2020 am geschichtsträchtigen mittelfränkischen Hesselberg – einem ehemaligen Aufmarschort der Nazis - zeigten sich die knapp dreißig KursteilnehmerInnen tief berührt von der Grausamkeit der politischen Akteure und der auch finanzverwaltungstechnischen Perfektion, mit der die Juden enteignet und deren Einkommen und Vermögen unter den „VolksgenossenInnen“ umverteilt worden war.

„Die Finanzbeamten der Hitler-Regierung und weite Teile der Bevölkerung wussten über die Judenverfolgung und –deportationen Be-

scheid.“ Anhand von minutiös dokumentierten Steueraktenauszügen, Archivrecherchen und Videobefragungen von Zeitzeugen zeigte Referent Klaus-Dieter Gössel auf, wie Führerkult und Judenverfolgung nach der Machtergreifung Hitlers im Jahr 1933 zum Alltag in Deutschland wurde.

Die Kriegsverbrecherprozesse nach 1945 haben erkennen lassen, dass die Freiheitseinschränkungen, systematischen Ausbeutungen und Massenmorde durch den Vollzug von Hitlers Gesetzen nur vereinzelt zu aus heutiger Sicht angemessener Sühne und Bestrafung führten.

Beispielhaft verdeutlichte der Referent, dass bereits zu Beginn der 50er-Jahre zahlreiche Juristen und Beamte wieder an die Schalthebel der Macht in der Bundesrepublik gelangt sind, die als Schreibtischtäter gewissenlos jahrelang die Menschenrechte übelst missachtet hatten.

Laut Klaus-Dieter Gössel habe die Weimarer Republik auf die von der Weltwirtschaftskrise 1929 ausgelöste Not mit einem drastischen Sparprogramm reagiert, was die Lage verschärft habe. Im Gegensatz dazu deutete er die Konjunkturprogramme zur Bewältigung der Corona-Krise als positives Signal.

Gleichwohl stellten sich den Teilnehmenden in Anbetracht der neuen Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft, verbunden mit dem Erstarren rechter Strömungen, einige Fragen:

- Wie stabil ist unsere Demokratie?
- Sind PolitikerInnen glaubhaft und verteidigen sie wehrhaft die Menschenrechte gemäß Artikel 1 des Grundgesetzes?

Wolfgang Untergeher, Abt. IV
und Markus Ott, Abt. V beim
Vortrag im Lehrsaal



- Würden Beamte auch heutzutage ohne zu remonstrieren Anordnungen folgen, die klar gegen die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verstoßen?

Die Gewaltenteilung auf Bund, Länder und Kommunen bzw. Exekutive, Legislative und Judikative ist jedenfalls bewusst im Grundgesetz verankert worden, um extremistische Übergriffe auf den Staat und seine Organe zu verhindern.

Die Grund- und Menschenrechte sind Kern unserer Verfassung, sie müssen aber auch mit Leben erfüllt, das heißt gewahrt und geschützt werden.

„Hoffnung hat noch nie das morgige Wetter geändert.“



Gruppe beim Warming up

Remonstrationsrecht - schon mal gehört?

Das Beamtenrecht schreibt vor, dienstliche Handlungen gem. § 63 BBG und § 36 BeamtStG auf ihre Rechtmäßigkeit prüfen. Hat die Beamtin oder der Beamte Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit einer Weisung, so muss sie/er gegenüber der/dem unmittelbaren Vorgesetzten remonstrieren, das heißt gegen die Ausführung der Weisung Einwände erheben.

Bestätigt diese/r die Anweisung und sind die Bedenken der Beamtin/des Beamten nicht ausgeräumt, so muss sie/er sich an die/den nächsthöheren Vorgesetzte/n wenden. Bestätigt auch diese/r die Anordnung, so muss sie ausgeführt werden. Die Gehorsamspflicht trifft Beamte dann nicht, wenn sie durch die Befolgung der Weisung eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit begehen würden.

Der Beamte kann sich mit der Remonstration vor Disziplinarverfahren schützen, wenn später die Rechtswidrigkeit der Anordnung festgestellt wird. Das Gleiche gilt für den Schutz vor Schadensersatzforderungen nach § 839 BGB (Amtshaftung) in Verbindung mit dem Beamtengesetz (§ 48 BeamtStG).

Die Remonstration wird wenig genutzt, da befürchtet wird, als Querulant/in dazustehen. Trotzdem oder gerade deshalb wird die Remonstration in neueren Beiträgen zur Verwaltungsethik sowie zum Whistleblowing (Aufdeckung von Skandalen) thematisiert. Vermerke über Remonstrationsen in der Personalakte sind unzulässig!



Foto: Steuerrechtsbücher



Zeitzeugen-Archiv

An der Freien Universität (FU) Berlin haben WissenschaftlerInnen damit begonnen, ein digitales Archiv zur „Colonia Dignidad“ zu erstellen. So hieß die Siedlung einer deutschen christlichen Sekte im Süden Chiles. Dort wurden zwischen 1961 und 2005 Mitglieder und ihre Kinder isoliert, ausgebeutet und missbraucht. Während der chilenischen Diktatur von 1973 bis 1990 ließ das Regime dort politische Oppositionelle foltern und ermorden.

Das Auswärtige Amt finanziert hierzu ein Projekt, mit dem die FU Berlin Video-Interviews mit 50 ZeitzeugInnen der Sektensiedlung führt: mit BewohnerInnen, Angehörigen, politischen Gefangenen, Personen, die an der Aufklärung der Verbrechen beteiligt waren und anderen. Die deutsch- oder spanischsprachigen Video-Interviews werden transkribiert, übersetzt und wissenschaftlich aufbereitet.

Diese Geschichtsarbeit muss auch in Zusammenhang mit der Tagespolitik gesehen werden. „Chile ist wirtschaftlich das erfolgreichste und stabilste Land Südamerikas - aber gleichzeitig das Land mit der größten sozialen Ungleichheit. Das Wirtschaftsmodell hat sich seit der Zeit der Pinochet-Diktatur nicht geändert!

Im Herbst 2019 haben allein in der Hauptstadt Santiago mehr als eine Million Menschen fried-

lich demonstriert. Sie forderten einen Wechsel in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Mit Erfolg: Präsident Piñera hat alle seine Minister entlassen. Die Ausgangssperren wurden aufgehoben. Mehrere gesperrte U-Bahnlinien fuhren wieder. Das hieß: keine Soldaten mehr auf den Straßen - erste Schritte hin zur Normalität.

Die Massenproteste in Chile haben das Land verändert. Und sie haben politische Folgen. Präsident Piñera gab sich beeindruckt: „Wir haben die tiefgreifende Botschaft der Chileninnen und Chilenen gehört, die eine gerechte und solidarische Gesellschaft verlangen.“, so Ivo Maruszyk, ARD-Studio Buenos Aires.

Und wir beschäftigen uns mit der Geschichte der Finanzverwaltung.

ver.di führt auch nächstes Jahr das Seminar Reichsfinanzverwaltung und Nationalsozialismus durch. Dozent ist wieder Klaus-Dieter Gössel aus

Berlin. Hierfür kann Sonderurlaub nach § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 UrlMV beantragt werden.

Das Programm wird auf Anfrage gerne gemailt: a.dullinger@gmx.de.

Foto: Klaus-Dieter Gössel



and the winner is ...

Diesmal waren ein paar knifflige Fragen zu lösen. Musste der Preis damit fast logischerweise an jemand aus der Rechtsbehelfsstelle gehen? Natürlich haben wir wie immer unter den diversen richtigen Einsendungen ausgelost. Daher freut uns erst recht, dass wir den Preis an die Kollegin Barbara Thaller, Rb-Stelle der Abteilung III übergeben konnten.

Wir gratulieren und wünschen gute Unterhaltung mit der CD „Es lebe der Freistaat“!



Barbara Thaller

„Du immer mit Deiner Politik!“ – Eine Erwiderung

Gastbeitrag Stefan Krause, ver.di-Berlin

Die Reaktionen sind sehr unterschiedlich: Die einen sind wohlwollend, selbst aber schon länger resigniert, und sagen milde lächelnd etwas wie „Ach, dass Du immer noch so optimistisch bist!“ Etwas kritischer sind da schon Andere, die in einer Mischung aus Spott und Verständnislosigkeit bemerken, dass das eine oder andere politische Engagement ja wohl wieder mal nichts „gebracht“ habe. Aber die Kandidat*innen der 3. Kategorie möchten eigentlich nicht einmal von „diesen Dingen“ hören: „Du immer mit Deiner Politik!“

Aber woher kommen solche Reaktionen? Haben Parteien, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder Berufsverbände* diesen Menschen eine Mitgliedschaft aufgezwungen oder ihnen gar mit körperlicher Gewalt gedroht, falls man nicht bei ihnen eintritt? Oder habe ich vielleicht doch selbst so penetrant und häufig dieses schlimme Tabuthema berührt, dass die Betroffenen (Freund*innen, Verwandte, Kolleg*innen) schon bei der kleinsten Erwähnung die Stacheln aufstellen?

Andererseits: Organisiert sind in unserem Land Millionen – in unzähligen Vereinen von (A)ng-

lerclub bis (Z)ootierfreunde e.V.. Dass mehr Deutsche im DFB* organisiert sind als im DGB* bzw. seinen Gewerkschaften, wird nur von der Mitgliederzahl des ADAC* getoppt. Dagegen ist die Zahl derer, die sich beispielsweise bei „Fridays for future“ engagieren, verschwindend gering. Trotzdem ist es immer wieder ein beliebter Aufreger, dass da junge Leute Schule und Uni-Seminar „schwänzen“, anstatt ihren Protest ordnungsgemäß nach Feierabend oder am Wochenende kund zu tun. Aber kann man nicht vielleicht auch umgekehrt formulieren, dass es die „Unpolitischen“ sind, die ihre Demokratie „schwänzen“, zu deren Förderung und Verteidigung unsere Gesellschaft doch immer wieder in Wort und Bild auffordert?

In dieser Situation komme ich mir von Zeit zu Zeit etwas verloren (das heißt auf verlorenem Posten) vor, bin manchmal deprimiert, aber oft genug auch zornig, dass man sich für sein (vermeintlich sinnloses) Engagement auch noch rechtfertigen und/oder verspotten lassen soll. Zumindest soll ich meinem Freundeskreis nicht damit auf die Nerven gehen, sondern es bitte als „Privatsache“ betrachten. Wir sind ja ein freies Land...

Demokratie ist oft genug keine Sahnetorte, sondern ein hartes Brot. Und jede/r sollte sich eigentlich an ihrer Herstellung beteiligen, aber dabei nicht nur seine eigene „backen“. Denn es ist ja eine Binsenweisheit, dass einem manche Dinge erst dann fehlen, wenn man sie nicht mehr hat. Da darf sich Jede/r (auch mit Maske) an die eigene Nase fassen.



***DFB
7.169.327 Mitglieder**

***DGB
5.934.971 Mitglieder**

***ADAC
21.205.971 Mitglieder**

***ver.di
knapp
2.000.000 Mitglieder**

**(alle Zahlen Stand:
7/2020)**



Seerosen

Im Krisenmodus

Angelica Dullinger

Der Dienstherr informierte zu Beginn der Krise nahezu im Stundentakt, wie und wo Beschäftigte die Arbeit erledigen sollten, welche Bescheinigungen beizubringen waren und appellierte daran, die angezeigten Vorsichtsmaßnahmen einzuhalten.

Angesichts des vorhandenen Krisenmodus sind das nachvollziehbare Meldungen. Die IT arbeitete auf Hochtouren - eine unverzichtbare Hilfestellung fürs Homeoffice, der Innendienst wurde abwechselnd besetzt (50%, tage-/wochenweise), Mahnläufe wurden teilweise ausgesetzt und anfangs wurden Desinfektionsmittel nicht eingesetzt, um den Nachschub für Krankenhäuser sicherzustellen.

Trotzdem: Fehlte nicht sowas wie Empathie mit den Beschäftigten?

Beratungen mit Gewerkschaften (DGB, ver.di) hatte die Staatsregierung verweigert. Eingehende Gespräche mit der Personalvertretung - auf allen Ebenen Fehlanzeige. Sicher auch deshalb, weil Meldungen und Maßnahmen sich überstürzten. Allerdings werden Personalräte auch bisher nicht mit Beteiligungsanfragen der Verwaltung überhäuft. Im Gegenteil. Gespräche ja, Mitbestimmung nein.

Dabei gibt es weiterhin viel zu klären, was uns die Kolleginnen und Kollegen mit auf den Weg geben:

- generell Vertrauen in die Beschäftigten setzen und die bürokratischen Anforderungen aussetzen (Nachweise für Pflege, Kinder etc.),
- die Telearbeit so weit wie möglich und unbürokratisch ausweiten,
- gefährdete Personen schützen und ggf. vom Dienst befreien,
- Bei Telearbeit sind die Arbeitsunterlagen oft so umfangreich und schwer, dass digitale Datenträger nötig wären. Zum Scannen der Akten ist es nicht erforderlich, verbeamtetet zu sein. Diese Tätigkeit können Tarifkräfte erledigen, die extra dafür eingestellt werden sollten.

Zusätzlich werden wir damit konfrontiert, dass manche Geschäftsstellen ihre Tätigkeit einschränken mussten. Die Materialausgabe wurde gestoppt oder Schlüssel für Archivräume wurden nicht mehr ausgegeben, all das behindert den Arbeitsfortgang und die Fallbearbeitung.

Dabei werden auch technische Probleme (eBilanz etc.) bei reduziertem Personaleinsatz weiterhin aufschlagen und eine gehörige Portion Geduld abverlangen. Bei alledem muss klar sein, dass die Statistik in Krisenzeiten nicht relevant ist.

Ver.di lohnt sich!

Wolfgang Untergehrer

Noch nicht den Beitrittsantrag unterschrieben? Wenn Du noch ein paar handfeste finanzielle Argumente brauchst für die ver.di-Mitgliedschaft, für 1% vom Brutto bekommst Du:

- Unentgeltliche Rechtsberatung in Arbeits- und Mietangelegenheiten
- Kostenlose Lohnsteuerberatung
- Krankenhaustagegeld und Entschädigung bei Todesfällen und bei Invalidität nach Freizeitanfällen



Katharina Heymann, ver.di Jugendsekretärin

Und dazu ein besonderes Schmäckerl:

Als ver.di-Mitglied in Ausbildung kannst Du den **internationalen Studentenausweis (ISIC)** kostenlos erhalten - das gilt auch für Anwärter/innen der QE2! Damit kannst Du hier direkt Geld sparen:

Eintrittsermäßigungen in Clubs/ Vergünstigungen bei Reiseleistungen/ Nachlässe im Kino, im Theater und in Fitnessstudios/ Nachlässe bei Subway und in Cafés/ Aktionsangebote bei Kauf von Elektronikartikeln

Weitere Vorteile und Infos unter www.isic.de



Martin Heitzer, Abt. IV

Eine App zur Tarifrunde

Ab sofort kann jede/r Interessierte über den Instant Messenger Dienst „Telegram“ Informationen zur Tarifrunde erhalten. Mit der Telegram App über den Kontakt in der App nach „verdiOfficialBot“ suchen. Per Klick auf „Start“ wird der Informationsdienst gestartet.



Die Telegram App kann im Apple- oder Google-Appstore kostenfrei geladen werden.



Seminar „Nach allen Regeln der Macht“ in Walsrode

Michaela Sauerwein

Mit wirklich tollen SeminarteilnehmerInnen, verstreut aus ganz Deutschland, und einem sehr sympathischen Dozenten verbrachte ich sonnige Tage in der wunderschönen ver.di Bildungsstätte in Walsrode/Niedersachsen.

Norbert Großhauser-Fernau führte uns kompetent und sachlich fünf Tage durch die Welt der Karrieremenschen. Die Zeit verging wie im Fluge und das Resümee dieses Seminars:

Etwas anders wie Andere sein und gelegentlich auch mal „gegen den Strom schwimmen“ kann nicht schaden!



Bildungsstätte Walsrode

Bild oben rechts:

Michi Sauerwein, Abt. IV mit dem Dozenten

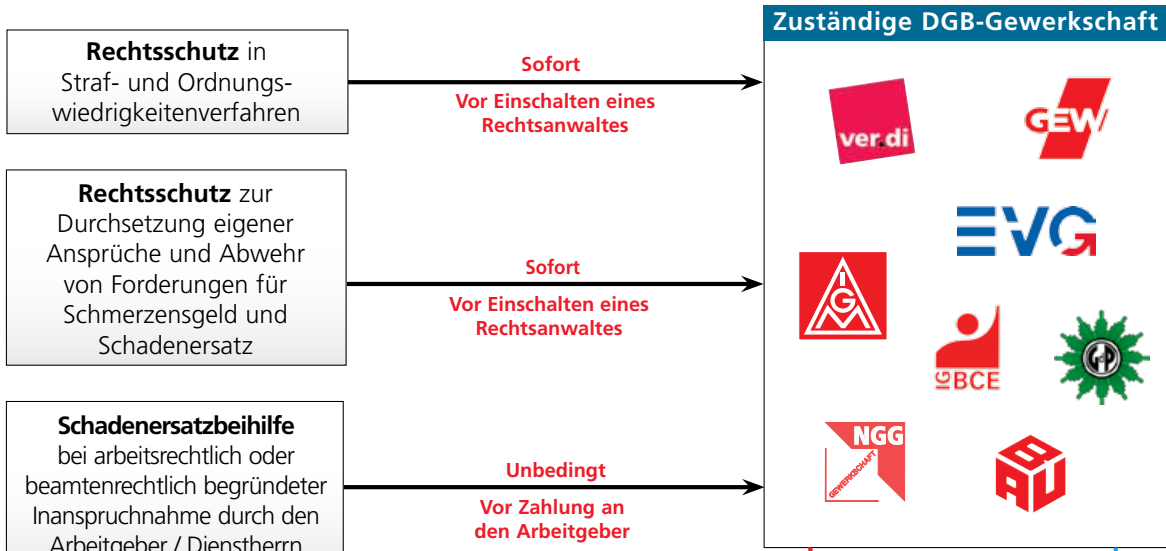
Die Warner

Wenn Leute dir sagen:
„Kümmere dich nicht
soviel
um dich selbst“
dann sieh dir
die Leute an
die dir das sagen:
An ihnen kannst du erkennen
wie das ist
wenn einer
sich nicht genug
um sich selbst
gekümmert hat.

Erich Fried



Der schnellste Weg zu uns



Wenn kein Rechtsschutz durch Gewerkschaft

Wenn Forderung von Gewerkschaft geprüft



Servicezentrum

Telefon: 07141 70233-0
 Fax: 07141 70233-111
 E-Mail: info@guv-fakulta.de
 http: www.guv-fakulta.de



Bei diesen Leistungen und bei allen anderen Fragen rund um die GUV/FAKULTA wenden Sie sich direkt an das Servicezentrum

